

5. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 6. Juni 1951.

282/J

A n f r a g e

der Abg. H o n n e r und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend die Steuerschulden der Kapitalisten und Grossverdiener.

-.--.-.

Laut Erklärung des Herrn Bundesministers für Finanzen vom 6. April 1951 haben die Steuerschulden eine Höhe von 1500 bis 2000 Millionen Schilling erreicht. Da die Lohn- und Gehaltsempfänger, ob sie es wollen oder nicht, wöchentlich oder monatlich in Form der aus der Nazizeit überkommenen rigorosen Lohnsteuer ihre Steuer auf Heller und Pfennig bezahlen müssen und auch die kleinen Gewerbetreibenden und Landwirte von den Steuerbehörden nicht geschont werden, kann es sich nur um Grossunternehmer, Spekulanten und Grossverdiener handeln, durch deren Steuerschulden unserem Land und dem Volk grösster Schaden zugefügt wird.

Die lohnsteuerpflichtigen Arbeiter und Angestellten Österreichs, die den Druck der Nazilohnsteuer immer stärker empfinden, haben ein gutes Recht darauf, zu wissen, wer eigentlich schuld daran ist, dass die Steuerlast des arbeitenden Volkes so schwer ist und die Steuerschulden an den Fiskus zu so schwindelhafter Grösse angewachsen sind.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die folgenden

A n f r a g e n :

1. Ist der Herr Bundesminister für Finanzen bereit, bekanntzugeben, welche Unternehmungen, Gesellschaften oder Einzelpersonen sich als besonders säumig bei der Zahlung ihrer Steuern erwiesen haben und welche Beträge sie dem Staat schulden?

2. Ist der Herr Bundesminister für Finanzen bereit, diese Schädlinge am öffentlichen Wohl auch zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen?

3. Ist der Herr Bundesminister für Finanzen bereit, ausserdem alljährlich dem Nationalrat über die Höhe der Steuerschulden unter Beifügung einer Liste aller Steuerschuldner, deren Schuldbetrag 10.000 S übersteigt, zu berichten?

+.--.-.-.